



## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 22.04.2013

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele  
Herr Stadtrat Aßfalg  
Herr Stadtrat Bode  
Herr Stadtrat Braig  
Herr Stadtrat Brenner  
Frau Stadträtin Drews  
Herr Stadtrat Etzinger  
Herr Stadtrat Funk  
Frau Stadträtin Goeth  
Herr Stadtrat Hagel  
Frau Stadträtin Handtmann  
Herr Stadtrat Heinkele  
Herr Stadtrat Herzhauser  
Frau Stadträtin Kapfer  
Herr Stadtrat Keil  
Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Lemli  
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding  
Herr Stadtrat Pfender  
Herr Stadtrat Rieger  
Herr Stadtrat Dr. Schmid  
Frau Stadträtin Sonntag  
Herr Stadtrat Späh  
Herr Stadtrat Walter  
Herr Stadtrat Weber  
Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter  
Herr Stadtrat Deeng  
Herr Stadtrat Kolesch

Verwaltung:

Herr Achberger, Hauptamt  
Frau Appel, Schriftführung  
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen  
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait  
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt  
Frau Christ, Stadtplanungsamt  
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg  
Herr Bürgermeister Kuhlmann  
Frau Leonhardt, Kämmereiamt  
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg  
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer  
Herr Simon, Hauptamt  
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Ab TOP 4  
Bis TOP 6  
Bis TOP 6

## Tagesordnung

<b>TOP-Nr.</b>	<b>TOP</b>	<b>Drucksache Nr.</b>
1.	Bürgerfragestunde - Abriss Turnhalle Dollinger Realschule	
2.	Standortentscheidung für ein Dorfgemeinschaftshaus und einen Kindergarten in Rißegg	50/2013
3.	Persönliche/r Referent/in des Oberbürgermeisters – Entfristung der Stelle	63/2013
4.	Neugestaltung Haushalts-Beratungsverfahren - Antrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2012	62/2013
5.	Neufassung der Stadtbildsatzung - Satzungsbeschluss gem. § 74 LBO -	57/2013
6.	Übertragung der Aufgaben des Integrationsausschusses auf den Hauptausschuss	61/2013
7.1.	Verschiedenes - Baustelle Kolpingstraße	
7.2.	Verschiedenes - Baustelle Marktplatz vor Walke	
7.3.	Verschiedenes - WC Tiefgarage Stadthalle	
7.4.	Verschiedenes - Bericht von der Telawi-Reise	
7.5.	Verschiedenes - Konzert Tokio-Piano-Trio vom Vortag	
7.6.	Verschiedenes - Bericht vom Besuch der Regionalkonferenz	

Die Mitglieder wurden am 11.04.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 17.04.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

## **TOP 1    Bürgerfragestunde - Abriss Turnhalle Dollinger Realschule**

Herr Dr. Ernst bringt sein Unverständnis über die Absicht zum Ausdruck, die relativ junge Sporthalle der Dollinger Realschule ersatzlos abzureißen. Sportstätten seien immer Mangelware und die Studenten hätten somit keine Möglichkeit, sich sportlich zu betätigen.

EBM Wersch gibt zu verstehen, die Stadt habe keinen Abrissauftrag erteilt, sondern ein Gesamtquartier an das Land Baden-Württemberg veräußert. Dessen Entscheidung obliege der Umgang mit diesem Areal. Zum Nachweis der Stellplatzverpflichtung bestünden auch andere Alternativen. Dies sei vertraglich geregelt.

**TOP 2 Standortentscheidung für ein Dorfgemeinschaftshaus und einen Kindergarten in Rißegg**

**50/2013**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 50/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 11.04.2013 in öffentlicher Sitzung.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Der katholische Kindergarten wird südlich der Grundschule im Dirk-Raudies-Weg neu gebaut. Das Dorfgemeinschaftshaus wird an der Ecke der Zufahrtsstraße zu den Parkplätzen und den Bushaltestellen des Bischof-Sproll-Bildungszentrums geplant.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 63/2013 zur Beschlussfassung vor.

OB Zeidler lässt wissen, er habe sich ein wenig mit den Akten dieses Vorgangs beschäftigt, wolle aber nun den Blick nach vorne richten. Er denke, er habe mittlerweile ein gutes Vertrauen aufgebaut. Als Entscheidung werde nur die Entfristung einer Stelle beantragt. Der Gemeinderat habe den Stellenbedarf in der Vergangenheit erkannt und dieser sei unbestritten. Er räumt ein, dass eine Vorberatung des Themas im Hauptausschuss sicher gut gewesen wäre. Dieses Versäumnis nehme er gerne auf sich. Eine Entfristung beantrage man, da man auch dem Nachwuchs aus dem gehobenen Dienst eine Chance geben wolle. Diese Bewerber zielten zunächst auf Beamtenstellen ab, dann auf unbefristete Angestelltenstellen und erst dann auf befristete Angestelltenstellen. Wenn man die Stelle ausschreibe, wünsche er jedoch die bestmögliche Lösung. Dies gelte nicht nur für diese Stelle und Stellen in seinem Umfeld. Vor kurzem habe der Gemeindetag kundgetan, dass händeringend Mitarbeiter gesucht würden.

Er habe das Hauptamt gebeten, vorhandene befristete Stellen bei der Stadt Biberach aufzulisten. Anhand dieser Informationen könne man dann in eine Diskussion mit dem Gemeinderat zum künftigen Umgang mit diesen Stellen eintreten.

StR Etzinger bringt vor, mit einem Antrag zum Haushalt 2012 habe die CDU-Fraktion die Stelle des persönlichen Referenten auf den Weg gebracht. Dabei habe man eine Stellenbefristung von fünf Jahren geplant gehabt. Die dargelegte Begründung zur Entfristung der Stelle erscheine schlüssig, da sie sich für Bewerber aus dem gehobenen Dienst besonders eigne. Die CDU-Fraktion stimme daher der Entfristung zu.

Schon im Jahr 2010 sei die SPD-Fraktion überzeugt gewesen, dass eine Stadt der Größenordnung Biberachs einen persönlichen Referenten für den Oberbürgermeister benötige, trägt StRin Kübler vor. Ein Oberbürgermeister benötige ausreichend Freiräume für strategisches und innovatives Arbeiten. Dass man qualifizierte Bewerber wünsche, sei außer Frage und eine Entfristung die logische Konsequenz. Sie zeigt sich namens der SPD-Fraktion erfreut, dass sich für diese Lösung eine Mehrheit abzeichne. Die Vorarbeit und der nicht leichte Kampf des Vorgängers von OB Zeidler habe sich also gelohnt und dies sei ihm gegönnt.

StRin Goeth hebt darauf ab, dass es nur um die Stellenentfristung gehe. Eine Befristung dieser Stelle mache keinen Sinn, da ein Referent sicher auch noch nach fünf Jahren benötigt werde, da es sich um eine Daueraufgabe handle. Die Freien Wähler hinterfragten Stellenmehrungen sehr kritisch und hätten daher auch die Entfristung projektbezogener Stellen abgelehnt. Zwar durchbreche der Gemeinderat eigene Regeln, wenn unterjährig eine Stelle entfristet werde, Regeln dienten aber nur als Rahmen und sinnvolle Ausnahmen müssten möglich sein. Die Referentenstelle sei ein entsprechender Fall.

Auch StR Späh meint, die Aufgabenfülle eines Oberbürgermeisters sei groß, weshalb die Grünen sehr früh für einen Referenten gekämpft und die Stellenbesetzung als sinnvoll erachtet hätten. Man sehe auch wenig Sinn in einer Befristung dieser Stelle, da es sich um eine Daueraufgabe handle. Überdies hätten Kommunen vermehrt Schwierigkeiten, gutes Personal zu bekommen.

StR Funk erinnert daran, dass die FDP der Stellenschaffung nicht zugestimmt habe, da sie sich frühzeitig zwischen vier Dezernaten oder einer Referentenstelle entschieden habe. Die Referentenstelle sei ohne die Stimmen der FDP-Fraktion befristet beschlossen worden. Schon immer sei seine Fraktion aber gegen KW-Vermerke, Befristungen und Sperrvermerke gewesen und habe frühzeitig signalisiert, dass der von OB Zeidler initiierte Paradigmenwechsel mitgegangen werde und man auf junge Beamte setze. Es müsse jeder Einzelfall geprüft werden. Die Elektrikerstelle habe man abgelehnt. Der Referentenstelle werde man zustimmen, da eine Befristung dieser Stelle nicht sinnvoll sei und für eine unbefristete Stelle bessere Qualität erwartet werden könne.

Er bittet umfassend darzulegen, dass der Paradigmenwechsel kostenneutral umgesetzt werden könne.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Befristung der im Stellenplan 2012 geschaffenen Stelle des/r persönlichen Referenten/in des Oberbürgermeisters auf 5 Jahre entfällt.**

OB Zeidler dankt für den Vertrauensvorschuss. Er werde sich bemühen, ihm gerecht zu werden.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 62/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 15.04.2013.

StR Abele führt aus, die Verwaltung habe den Antrag der CDU-Fraktion aufgenommen. Ziffer 1 des Beschlussantrags habe in der Vorberatung keine Mehrheit gefunden und die CDU-Fraktion habe kein Problem damit, sich dieser Mehrheit anzuschließen, wobei ein Verzicht auf die 1. Lesung als pragmatisch erachtet worden wäre. Ziel sei jedoch primär, Bürger besser zu informieren. Hierfür sei das aktuelle Verfahren nicht zeitgemäß. Es sei klar, dass in einer öffentlichen Vorberatung nicht mit vielen Bürgern im Ratssaal zu rechnen sei, weshalb man auch an eine Liveübertragung gedacht habe. Die Verwaltung sei jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass dies in dieser Weise nicht machbar sei. Überdies hätten Kollegen aus dem Gemeinderat sich gegen eine Liveübertragung ausgesprochen und eine Verletzung von Persönlichkeitsrechten geltend gemacht. Dies akzeptiere man. Dennoch wünsche man, dass das Haushaltsberatungsverfahren im Internet begleitet werde und die Ergebnisse in kurzer Form zusammen gefasst veröffentlicht würden. Die Verabschiedung des Haushaltsplans in der letzten Sitzung vor Weihnachten sei angemessen und ein guter Jahresabschluss. Das neue Verfahren werde deutlich besser, auch wenn nicht alle Antragspunkte wie beispielsweise die Bürgerfragestunde berücksichtigt würden.

StRin Kübler hebt auf den zeitlichen Druck bei den Haushaltsberatungen ab, der auch von der SPD-Fraktion schon öfters moniert worden sei. Dabei unterschätze man den positiven Effekt nicht, dafür gelassener ins neue Jahr starten zu können. Der 1. Lesung des Haushaltsplans komme vermutlich höheres Interesse entgegen als den Reden zur Verabschiedung des Haushalts. Überdies habe man die Hoffnung, dass dann die öffentlichen Ausschusssitzungen zeitlich nicht ausferten. Man sei offen für alle Maßnahmen, die zu mehr Transparenz führten, appelliere aber auch an die Öffentlichkeit, das Angebot wahrzunehmen. Einen Livestream erachtete man auf Grund der Persönlichkeitsrechte für problematisch. Andere Städte hätten Livestreams auch schon wieder eingestellt auf Grund negativer Erfahrungen, weshalb Biberach dies nicht beginnen müsse. Sie **beantragt** getrennte Abstimmung über die einzelnen Beschlussanträge.

StRin Goeth führt aus, die Haushaltsberatungen seien die wichtigsten Beratungen und die Verabschiedung des Haushaltsplans das Königsrechts des Gemeinderats. Für die Profilierung der Fraktionen sei es wichtig, eigene Standpunkte in der 1. Haushaltslesung kundzutun. Gegen öffentliche Vorberatungen spreche nichts, ihre Fraktion habe nur die Sorge, dass es zu Fensterreden komme, vor allem angesichts der bevorstehenden Kommunalwahl. Dies würde der Sacharbeit schaden. Daher habe man in der Vorberatung beantragt, den Versuch erst 2014 zu starten, da man keinen Grund zur Eile habe. Dieser Antrag sei aber abgelehnt worden und gemäß der internen Handhabung werde dieser Antrag nicht neu gestellt. Sie mahnt jedoch alle Fraktionen zur Disziplin bei Wortbeiträgen.

StR Späh bezeichnet die 1. Lesung als wichtig. Auch er hält Fraktionsdisziplin für erforderlich und meint, die Anträge müssten sachlich abgearbeitet werden. Jeder müsse Selbstsorge tragen, die Beratungen nicht zu verlängern. Eine spätere Verabschiedung des Haushaltsplans wie vorgesehen bezeichnet er als sinnvoll.



Er erkundigt sich noch nach dem Termin der 1. Lesung des Haushaltsplans, worauf OB Zeidler den 18.11.13 nennt.

StR Funk bezeichnet die 1. Lesung als notwendig, um rechtzeitig vor Weihnachten die Position aller Fraktionen der Öffentlichkeit präsentieren zu können. Möglichst häufige öffentliche Vorbereitungen sei ein alter FDP-Wunsch, der sich nicht nur auf die Haushaltsberatungen beschränkte. Er mahnt, sich auf die wesentlichen Anträge zu konzentrieren. Anfragen könne man stellen und sie könnten auch beantwortet werden, sollten aber nicht zur Beratung aufgerufen werden.

OB Zeidler meint, eventuell könne man einzelne Themen im Vorfeld zusammenfassen. Er sehe es als Aufgabe der Verwaltung, einen Verfahrensvorschlag zu unterbreiten, wie man die Beratungen gut abwickeln könne.

Dann tritt der Gemeinderat in die Abstimmung.

**Ziffer 1** des Beschlussantrags wird bei 9 Ja-Stimmen (OB Zeidler, StRe Abele, Aßfalg, Brenner, Haggel, Handtmann, Herzhauser, Pfender, Walter), 1 Enthaltung (StR Etzinger) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

**Ziffer 2** wird bei 4 Enthaltungen (StRe Goeth, Heinkele, Rieger, Zügel) und restlichen Ja-Stimmen **zugestimmt**.

**Ziffer 3** wird einstimmig **zugestimmt**.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

#### **Beschluss:**

- 1. Auf die 1. Lesung des Haushaltsplans wird nicht verzichtet.**
- 2. Die Haushaltsberatungen im Hauptausschuss und Bauausschuss finden mit Ausnahme der Punkte, die nichtöffentlich beraten werden müssen (u.a. der Stellenplan), öffentlich statt.**
- 3. Die Verabschiedung des Haushaltsplans findet erst in der letzten Sitzung des Jahres statt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 57/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte in öffentlicher Sitzung im Bauausschuss am 15.04.2013. Dabei wurde getrennte Abstimmung in der Reihenfolge zunächst Ziffer 2 und dann Ziffer 1 vereinbart.

Ohne Aussprache tritt der Gemeinderat in die Abstimmung.

Ziffer 2 wird bei 4 Nein-Stimmen (StR Dr. Schmid, Sonntag, Späh, Weber) und restlichen Ja-Stimmen **zugestimmt**.

Ziffer 1 wird einstimmig **zugestimmt**.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

- 1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird die Stadtbildsatzung i. d. F. vom 9. Juli 2012 gem. § 74 Abs. 6 LBO i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verwaltungsgebührensatzung, bzw. das Gebührenverzeichnis dahingehend zu ändern, dass für Ausnahmen von Bestimmungen der Stadtbildsatzung keine Verwaltungsgebühren erhoben werden.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 61/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 15.04.2013.

OB Zeidler lässt wissen, der Integrationsausschuss sei bewusst als beratendes Gremium eingerichtet worden und habe gute Arbeit geleistet. Dennoch sei es sinnvoll, auch einen beschließenden Ausschuss mit dieser Aufgabe zu betrauen. Bereits in seiner letzten Sitzung im Februar 2012 habe der Integrationsausschuss vorgeschlagen, den Hauptausschuss mit dieser Aufgabe zu betrauen. Dies sei keine Aussage zur Aufgabengewichtung, sondern nur eine Aufgabenverlagerung.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Aufgaben des Integrationsausschusses werden auf den Hauptausschuss übertragen und Fragestellungen rund um das Thema Integration von Menschen mit Migrationshintergrund werden im Hauptausschuss behandelt.**

## **TOP 7.1 Verschiedenes - Baustelle Kolpingstraße**

StR Dr. Nuding bringt vor, in der Kolpingstraße sei eine Baustelle eingerichtet worden und das Chaos absehbar. Er fragt, ob mit den Arbeiten an der Gasleitung hätte zugewartet werden können, bis die Nord-West-Umfahrung fertig gestellt sei.

BM Kuhlmann verweist auf die Zuständigkeit der e.wa riss Netze und lässt wissen, dass bei Arbeiten an Gasleitungen meist Gefahr im Verzug bestehe. Man stimme grundsätzlich alle Baustellen im Stadtgebiet mit der e.wa riss ab, bei Netzproblemen seien aber immer wieder schnelle Einsätze erforderlich.

## **TOP 7.2 Verschiedenes - Baustelle Marktplatz vor Walke**

StR Rieger bringt vor, durch die Baustelle vor Edeka-Walke auf dem Marktplatz seien die Fahrradabstellplätze fast ersatzlos durch Absperrungen entfallen. Ersatz sei seines Wissens nicht geschaffen worden. Er fragt, ob ein Ausweichplatz eingerichtet werden könnte.

BM Kuhlmann wird sehen, ob etwas möglich ist.

### **TOP 7.3 Verschiedenes - WC Tiefgarage Stadthalle**

StR Braig bringt vor, das WC der Tiefgarage Stadthalle sei noch immer nicht für Busfahrer oder Behinderte zugänglich, die keinen Parkchip gelöst hätten. Er halte dies nicht für tragbar, wenn von jedem Geschäft eine "Nette Toilette" verlangt werde und gleichzeitig die Stadtwerke ihre Tiefgaragen nicht öffneten.

EBM Wersch kündigt an, die Interims-Co-Geschäftsführerin Frau Leonhardt werde sich des Themas annehmen.

#### **TOP 7.4 Verschiedenes - Bericht von der Telawi-Reise**

StR Hagel berichtet von der sechstägigen Reise einer städtischen Delegation nach Telawi, die vor Ostern stattfand. Es habe sich um eine schöne, anstrengende und sehr lehrreiche Fahrt gehandelt. Die fünf mitreisenden Jugendlichen hätten ein hervorragendes Bild von der Biberacher Jugend abgegeben. Es seien das Trompetentrio und zwei Vertreter des Jugendparlaments dabei gewesen. Wieder einmal habe es sich gezeigt, dass die Jugend viel schneller Kontakt finde. Daher müsse man die Bedeutung des Schüleraustauschs immer wieder in den Vordergrund stellen. Partnerschaften seien wichtig, denn ohne den Elysee-Vertrag hätte es zwischen Deutschland und Frankreich beispielsweise nicht so schnell Frieden gegeben.

Er lässt wissen, dass zwei Vertreter aus Telawi einen Besuch des diesjährigen Schützenfestes angekündigt hätten.

Es wird applaudiert.

## **TOP 7.5 Verschiedenes - Konzert Tokio-Piano-Trio vom Vortag**

StR Walter berichtet vom Konzert des Tokio-Piano-Trios am Vortag. Es sei ein sehr angenehmer Abend mit hervorragenden Künstlern gewesen. Blamabel seien aber die überreichten Blumensträuße gewesen, die den Eindruck erweckt hätten, als stammten sie von der Tankstelle. Welcher Wein in dem Weinpräsent gewesen sei, sei ihm unbekannt, die Gesichter der Künstler hätten aber Bände gesprochen.

Herr Dr. Riedlbauer lässt wissen, es habe sich um keine städtische Veranstaltung gehandelt, sondern ein Dritter habe die Halle gemietet.



## **TOP 7.6 Verschiedenes - Bericht vom Besuch der Regionalkonferenz**

OV Boscher lässt wissen, auch von Ringschnait seien 27 Personen bei der Regionalkonferenz dabei gewesen, unter anderem der ehemalige Ortsvorsteher Dobler. Er dankt allen Beteiligten und bringt seine Freude zum Ausdruck, dass auch Herr Schlachter von den Grünen sich für das Projekt eingesetzt habe.

Er hätte eine Erklärung bzw. ein Bekenntnis des Gemeinderats in dieser Thematik gut gefunden. Die Veranstaltung habe gezeigt, dass Vorgehen im gemeinsamen Schulterschluss etwas bewegen könne. Bisher sei man erst im Entwurf des Bundesverkehrswegeplan enthalten, weshalb es immer noch sinnvoll sein könnte, eine entsprechende Erklärung von Seiten der Stadt abzugeben.

Er dankt für die Übernahme der Buskosten durch die Stadt Biberach.

BM Kuhlmann unterstreicht, dass der Schulterschluss der Kommunen, der IHK und des Kreises entscheidend gewesen sei. Die Sachinformationen seien dabei aber schon im Vorfeld gelaufen. Man werde auch weiterhin in dieser Thematik zusammenarbeiten und sei auf einem guten Weg.

## Gemeinderat, 22.04.2013, öffentlich

### Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	.....	OB Zeidler
Stadtrat:	.....	Hagel
Stadtrat:	.....	Keil
Schriftführerin:	.....	Appel
Gesehen:	.....	EBM Wersch
Gesehen:	.....	BM Kuhlmann